

Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bahnstraße 50

45468 Mülheim an der Ruhr

Telefon: 0208/ 47 92 41

E-Mail: gruene-fraktion@gruene-mh.de

CDU

Bahnstraße 31

45468 Mülheim an der Ruhr

Telefon: 0208/ 45 95 4-0

E-Mail: cdu-fraktion-muelheim@t-online.de

**An die
Mülheimer Medien**

27. November 2020

Bündnis 90 / Grüne und CDU: „Schluss mit den wilden Müllkippen!“

Damit der zunehmenden Vermüllung im Stadtgebiet nachhaltig begegnet werden kann, beantragen jetzt die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU ein umfangreiches Maßnahmenpaket für die nächste Sitzung des Umweltausschusses.

Dieses beinhaltet neben bereits in der Vergangenheit mehrfach diskutierten Ansätzen wie der Installation von Mülldetektiven sowie der Entwicklung einer Melde-App auch ganz neue Ideen wie beispielsweise einen "kostenfreien" Tag beim Wertstoffhof. "Durch diesen kostenfreien Tag wollen wir deutlich machen, dass es wirklich für niemanden einen Grund mehr geben kann, den Müll irgendwo illegal zu entsorgen zu müssen." unterstreicht die Vorsitzende des Umweltausschusses Brigitte Erd (Grüne). "In einem ersten Schritt soll die Verwaltung prüfen, wie das finanziell abgebildet werden kann."

Nach Auffassung beider Fraktionen gibt es kein einzelnes Allheilmittel, um dem zunehmenden Ärgernis im Stadtgebiet zu begegnen. Vielmehr setzt man auf mehrere Bausteine, die in den nächsten Monaten auf den Weg gebracht werden sollen. Dazu führt der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Roland Chrobok, aus: "Nach den Diskussionen der Vergangenheit glauben wir nicht, dass eine Einzelmaßnahme zum Erfolg führen kann. Mit unserem Antrag setzen wir viele Hebel an unterschiedlichen Stellen an, um der Problematik im Rahmen einer Sauberheitskampagne zu begegnen." Ein zentraler Baustein dieser Sauberheitskampagne sind dabei die Mülldetektive in Verbindung mit erhöhten Bußgeldern bei illegalen Ablagerungen.

Eine Verwaltungsvorlage zur Einrichtung der Mülldetektive, offiziell als "mobile Sauberheits- und Beratungstruppe" bezeichnet, liegt für die Umweltausschusssitzung bereits vor. Bezüglich zweier Details hätten beide Fraktionen noch Änderungsbedarf. Zum einen fordern CDU und Grüne nach wie vor eine stärkere Unterstützung durch städtisches Personal, um ordnungsrechtlich stärker durchgreifen zu können. Zum anderen wird nach wie vor die Idee verfolgt, die neuen Mitarbeiter*innen aus geförderten Beschäftigungsverhältnissen zu gewinnen. Hierzu sind sich Brigitte Erd und Dr. Roland Chrobok abschließend einig: "Auch wenn die Verwaltungsvorlage eindeutig in die richtige Richtung geht, ist unser Anliegen die Neuanstellungen aus SGB II-Maßnahmen anzuwerben bislang nicht enthalten. Aus sozialpolitischen Gründen, sowie auch um den Aufwand für Gebührenzahler in Grenzen zu halten, werden wir das in jedem Fall weiter verfolgen."

F.d.R.

Hansgeorg Schiemer

CDU-Fraktion

- Fraktionsgeschäftsführer -

Jürgen Pastowski

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen